ODENWALD KURIER

Zeitung der DKP für den Odenwald Nr. 1/Mai 2013

Guten Tag!

Hier ist der Odenwald Kurier, die Zeitung der DKP, zuletzt erschienen im Jahr 1988. Die Wenigsten, die heute unser Blättchen in ihrem Briefkasten finden oder in die Hand gedrückt bekommen, werden sich noch an das Erscheinungsbild erinnern.

Mit dem Odenwald Kurier wollen wir in Zukunft wieder auf die sozialen und politischen Geschehnisse und Entscheidungen in unserer Region reagieren und Alternativen aufzeigen.

Heute, nach 4 Jahren kapitalistischer Krise zeigt sich, dass die herrschenden, bürgerlichen Parteien mit ihrem Latein am Ende sind. Ob christlich, sozial oder grün-liberal: alle sparen sie bei den Armen, um die Reichen nicht anzutasten. Nur in Wahlkampfzeiten fressen die Politiker Kreide und machen Versprechungen, an die sie sich nachher nicht mehr erinnern.

Uns wird erzählt, wir hätten über unsere Verhältnisse (Angela Merkel) gelebt, und müssten nun zurückstecken. Mit 480.000 Millionen Euro haben wir die Banken in Deutschland gerettet, dafür steht den Kommunen jetzt das Wasser bis zum Hals. Um den Spekulanten ihre

Profite zu sichern, wird Vereinen die Mittel gestrichen, fällt in Schulen der Putz von den Wänden, werden Schwimmbäder und Büchereien geschlossen.

Der Kapitalismus steckt in seiner tiefsten Krise seit 1929, nicht nur hier, sondern weltweit. Immer mehr Menschen wird die Perspektive für ihre Zukunft geraubt. Das trifft immer stärker die Alten, die ein Leben lang hart gearbeitet haben.

Und es trifft die Jungen, denen man die Chance auf Ausbildung und Arbeitsplatz stiehlt.

Darum wehren wir uns! Denn wir brauchen keine Welt, die den Banken und Konzernen dient, sondern eine friedliche und menschliche Gesellschaft, in der der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht.

Auch in diesem Jahr beteiligten sich zahlreiche Odenwälder/innen am Friedensmarsch von Erbach nach Michelstadt. Ein breites Aktionsbündnis hatte dazu aufgerufen, auch die SDAJ und die DKP waren engagiert dabei. Die Zahl der Teilnehmenden war gegenüber dem Vorjahr erneut gestiegen, an der abschließenden Kundgebung auf dem Michelstädter Lindenplatz beteiligten sich etwa 150 Personen. Einmal mehr zeigte sich der Odenwald als außergewöhnlich engagiert im Kampf für Frieden und demokratische Rechte.

Wen rettet der Rettungsschirm?

Die Verzweiflung in den Kommunen und Landkreisen ist groß. Und angesichts der hoffnungslosen Überschuldung auch verständlich. Jeder von uns Privatpersonen säße längst ohne jeden Besitz auf der Strasse, wenn unser Konto auch nur annähernd so stark überzogen wäre, wie das der Städte und Gemeinden.

Da kommt das freundliche Angebot der Landesregierung gerade richtig: einen „Rettungsschirm“ bietet sie den gebeutelten Kommunen und auch den Kreisen großherzig an. Das klingt gut, wirkt verantwortlich und scheint eine echte Hilfe zu sein.

Die allerdings nicht umsonst zu bekommen ist. Denn nimmt etwa die Stadt Erbach dieses Angebot an, verpflichtet sie sich im Gegenzug, der eigenen Bevölkerung in den nächsten Jahren einen noch rigoroseren

Sparkurs aufzuzwingen. Was im Falle der Kreisstadt durchaus auch die Aufgabe des Weihnachtsmarktes und den Verkauf des Elfenbeinmuseums bedeuten kann. Die bereits entschiedene Schließung der Stadtbücherei ist da nur ein Vorgeschmack. Und die Erhöhung der Eintrittspreise fürs Alexanderbad wird nach einer Schampause auch wieder auf den Tisch kommen, wenn nicht sogar über die Schließung auch dieser Einrichtung verhandelt werden muss.

Ein Rettungsschirm? Aufgespannt von den gleichen Politikern, die seit Jahrzehnten dafür verantwortlich sind, dass sämtliche Gewinne in unserem Land in private Taschen fließen während die steigenden Verluste und notwendigen Ausgaben von uns allen über unsere Steuern zu zahlen sind.

Ein Rettungsschirm? Angeboten von der gleichen Regierung, die seit Jahren durch veränderte Rahmenvorgaben die Städte und Gemeinden schröpft, ihnen neue Aufgaben zuweist und gleichzeitig Mittel entzieht.

Ein Rettungsschirm? Als großzügige Hilfe präsentiert von denjenigen, die den kommunalen Karren tief in den Dreck gefahren haben. Und die sich jetzt nicht schämen, diesen Karren unter dem Deckmantel der selbstlosen Hilfe auch noch ausschlachten zu lassen, indem sie die

Kommunen zwingen, die letzten Wertsachen (wie Museen, Bäder, Musikschulen, Büchereien) zu versilbern oder ganz zu schließen.

Die Verzweiflung der Verantwortlichen vor Ort ist groß. Offenbar so groß, dass sie blind werden oder, wie im Falle Erbachs, der Parteiräson zuliebe die eigene Bürgerschaft außer Acht lassen.

Doch die Politiker der Region sind vor allem Anderen uns gegenüber verantwortlich, dem Wohl des Odenwaldkreises und seiner Bürger verpflichtet! Erinnern wir sie daran, in Gesprächen, Sprechstunden, Bürgerversammlungen. Und natürlich bei den anstehenden Wahlen!

Zu einer politischen Informations- und Diskussionsveranstaltung hatte die DKP im Odenwald gemeinsam mit der SDAJ eingeladen. Als Referent und Gesprächspartner war der Marburger Politikwissenschaftler Professor Fülberth nach Michelstadt gereist. Fülberth verstand es, die gegenwärtige Krise des Wirtschaftssystems anschaulich zu erläutern und alternative Modelle zu beschreiben. Die Veranstaltung war mit 34 Teilnehmenden ausgesprochen gut besucht, die Debatte verlief lebhaft und konzentriert.

Führt uns die „Regionalstadt Odenwald“ in die Zukunft?

„Regionalstadt im ländlichen Raum“ heißt die Wunderwaffe, mit der die Finanzprobleme des Odenwaldkreises und seiner Gemeinden gelöst werden sollen. Durch Zusammenlegung kleinerer Gemeinden und Kreise im ländlichen Raum soll effektiver gewirtschaftet und Betriebskosten eingespart werden - angeblich ohne Personalabbau.

Der Begriff „Zentralisierung“ wird vermieden. Regionalisierung klingt besser. Dass diese Regionalisierung tatsächlich Zentralisierung bedeutet und damit die Verschlechterung des Angebotes notwendiger kommunaler Dienstleistungen vor Ort, haben wir jedoch bereits erfahren. So hat die schon vor einiger Zeit erfolgte Verlegung des Schulamtes für den Odenwaldkreis nach Heppenheim in den Kreis Bergstraße für die Schulen bei uns keinerlei Vorteile gebracht, dafür aber unter anderem Verlängerung der Anfahrtswege.

Die Ablehnung des Zusammenschlusses der Städte Michelstadt und Erbach durch die große Mehrheit ihrer Bürger erfolgte nicht, weil diese einem nostalgischen Lokalpatriotismus huldigen. Die Bürger wussten genau, dass es auf der Ebene höherer Beamten zu keinen Kosteneinsparungen kommen würde. Einsparungen zu Lasten von Bevölkerung und lohnabhängigen Beschäftigten durch Reduzierung von Servicestellen und deren Öffnungszeiten, das ist das Programm.

„Kultureller und sozialer Kahlschlag für Erbach?“ lautete die Überschrift des Berichtes zum so genannten Rettungsschirm im Odenwälder Journal vom 21.2.13 „Praktisch nicht zu retten ist die Stadtbücherei“ stellt der Schreiber des Artikels fest. Gespart wird unten. Die Reichen, die in unserem Lande immer reicher werden, immer weniger Steuern bezahlen, bestimmen. Ihr Programm ist: Privatisieren und Kostenreduktion durch Dienstleistungskürzungen und Nichterfüllung notwendiger öffentlicher Aufgaben. Sollen die Menschen doch sehen, wie sie durchkommen.

Dass der gesamte Odenwaldkreis seit Jahren und vermutlich auch für die Zukunft auf ein Hallenbad verzichten muss, ist das deutlichste aktuelle Beispiel für diese Form der Politik zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und zu Gunsten der Reichen und Superreichen.

Die Schere zwischen Arm und Reich schließt sich immer mehr!

Wer unkalkulierbare Kosten vermeiden, schlechtere Versorgung verhindern und keinen Verlust an Demokratie in Kauf nehmen will, muss Widerstand leisten. Das weitere Ausbluten von Kreisen und Gemeinden, die zunehmende Nichterfüllung notwendiger kommunaler Aufgaben lässt sich nur verhindern, wenn das Geld dort geholt wird, wo es im Überfluss vorhanden ist – und zwar möglichst bald!

Der ODENWALDKURIER ist die Zeitung der DKP im Odenwaldkreis
Er erscheint mehrmals im Jahr in einer Auflage von 1.500 Exemplaren und wird kostenlos verteilt.
Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Reinhold Fertig, Hochstraße 31, 64720 Michelstadt

SDAJ Südpfingstcamp
am Eutersee
17.-19. Mai 2013
Hesseneck-Schöllenbach im Odenwald

Programm: Lernen, wie wir kämpfen müssen
Podiumsdiskussion mit Betriebsaktiven

Viva Cuba socialista – Macht den Kapitalismus zur Geschichte!
Wie sieht die Demokratie in Kuba aus?

Krise – Schuldenbremse – Kürzungsorgie
Wie können wir Widerstand entwickeln?
Diskussion mit Vertretern von DKP und Partei DIE LINKE

Bildung im Sozialismus
Wie kann Bildung außerhalb von einem kapitalistischen System aussehen?

Imperialistische Aggressionen nach Außen - Mali
Wirtschaftliche Interessen hinter den Kriegen der BRD.

Kunstworkshop

T-Shirts und Jute-Beutel zum selbstmachen.

Und vieles mehr

Musik
Gembala (Alternative Rock)
Guil Goil (Russischer Ska)
Holger Burner (Hip Hop)
Ihsan (House)

Freier Eintritt für Tagesgäste
Festivalkomplettpaket -Zeltplatz und Essen für nur 25€

www.sdaj-netz.de/pfingstcamps

¡Viva Cuba Socialista!
Machen wir den Kapitalismus zur Geschichte!

Die SDAJ organisiert im ersten Halbjahr 2013 Aktionen zur Solidarität mit Kuba. In einem Jugend-Kunstwettbewerb suchen wir Vorlagen für zwei Wandgemälde, die auf Kuba als Zeichen der Solidarität verwirklicht werden sollen. Von Juli bis September fahren 2 Brigaden nach Havanna, um den Aufbau des „Zentrums zur Bildung revolutionärer Werte“ an der Fachhochschule Havanna zu unterstützen.

Bildung hängt bei uns vom Geldbeutel der Eltern ab; es herrscht Ausbildungsplatzmangel und Jugendarbeitslosigkeit. Immer mehr Jugendliche müssen für einen miesen Lohn in Leiharbeit und befristeten Jobs arbeiten oder werden als junge “Hartz IV”-Empfänger schikaniert. Gleichzeitig verschleudert der Staat Milliarden für Banken-Rettungsschirme, Rüstung, Bundeswehrwerbung und Auslands-einsätze. Alltag im kapitalistischen Deutschland.

Es geht auch anders – Kuba 2013

Es gibt eine Alternative zur kapitalistischen Wirtschafts(un)ordnung: In Kuba, auf der karibischen Sozialismus-Insel, hat jeder Jugendliche das Recht auf Bildung inkl. Hochschulstudium und Arbeit. Kein

Kubaner muss für Zahnersatz sparen, weil das Gesundheitssystem dort kostenlos ist. Während bei uns Fiskalpakt und Schuldenbremse an uns vorbei durchgedrückt werden, stellt die kubanische Regierung Reformen des Wirtschaftsmodells zur offenen Diskussion und die 11 Millionen KubanerInnen erarbeiteten über 1,1 Mio. Verbesserungsvorschläge. Alltag im sozialistischen Kuba.

Seit dem Sieg der Revolution am 1.1.1959 versucht das kubanische Volk auf seiner Insel eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Gegner sind (zahl-)reich und mächtig: die USA verhängte eine Wirtschaftsblockade; von der CIA geförderte exilkubanische Terroristen verüben Anschläge und Sabotageakte; die EU versucht Kuba zu isolieren. Trotzdem ist Kuba in der Lage, seiner Jugend Grundrechte wie Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung und demokratische Teilhabe auf einem Niveau zu gewähren, von dem wir in hochindustrialisierten Ländern weit entfernt sind! Kuba leistet außerdem solidarische Unterstützung für die Völker der Karibik, Lateinamerikas und Afrikas. Gründe genug, sich diese kleine Wunderinsel etwas genauer anzuschauen und den Angriffen gegen Kuba etwas entgegenzusetzen: Internationale Solidarität!

Auf nach Kuba! Aber wie?

Im Sommer 2013 organisieren wir als SDAJ 2 Solidaritätsbrigaden nach Havanna, Kuba. An der naturwissenschaftlichen Fakultät (CUJAE) der Universität Havanna soll ein „Zentrum zur Bildung revolutionärer Werte“ entstehen. Dieses soll Studierende, AnwohnerInnen und Interessierte erreichen und Bildungsangebote schaffen. Wir wollen den Aufbau des Zentrums unterstützen, indem wir renovieren, Sachspenden mitbringen und zusammen mit Studierenden der Universität Diskussionsangebote schaffen. Als bleibendes Solidaritätssymbol werden die Brigadisten ein Wandgemälde erschaffen. Mit eigenen Augen wollen wir sehen, wie Wirtschaft und Demokratie auf Kuba funktioniert: wir organisieren Treffen mit den Massenverbänden, SchülerInnenvertretungen, Gewerkschaften und Angehörigen der Cuban 5.

Weitere Infos gibt’s unter:
www.sdaj-netz.de/cuba/das-solidaritaetsprojekt

Wahlalternativen?

Im Herbst finden Wahlen zum Bundestag und zum Hessischen Landtag statt. Der Wahlkampf kommt schon mächtig in Fahrt und die Spitzenkandidaten der politischen Lager zeigen sich in ihren weißesten Westen. Wieder setzt man auf unsere Vergesslichkeit und gibt sich scheinheilig, wenn man auf die Beschlüsse der Vergangenheit angesprochen wird.

Rot-Grün ist die Agendapolitik der Schröder-Fischer-Koalition zwar peinlich, doch das nötigt niemanden, sich davon zu distanzieren. Schwarz-Gelb hingegen hat sowieso nicht die Absicht, an dieser Umverteilungspolitik Entscheidendes zu ändern.

Nach Auffassung all dieser Parteien kann die Politik nicht an so genannten Realitäten vorbei. Gemeint ist damit, der Wirtschaft die angenehmsten und profitabelsten Rahmenbedingungen bereit zu stellen. Stellt sich noch jemand die Frage, ob das der Bevölkerung dient?

Beispiel Leiharbeit

Wem nützte es, als die Rot-Grüne Regierung unter Führung ihres damaligen Superministers und ehemaligen SPD-Genossen Wolfgang Clement die Schleusen für Leih- und Zeitarbeit öffnete? Die Folge davon ist, dass den Beschäftigten in dieser boomenden Branche das Geld nicht zum Leben reicht. Der aktuelle, vom Hessischen Rundfunk aufgedeckte Skandal um den Internetanbieter *amazon* ist dabei nur die Spitze eines Eisbergs

Spekulationsobjekte

War es nicht ebenfalls ein „Genosse“ aus der Sozialdemokratie, der ehemalige Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen, der federführend die Liberalisierung der Finanzmärkte betrieb, Hedgefonds und andere „innovative“ Finanzprodukte legalisierte und damit der Spekulation Tür und Tor öffnete? Mittlerweile sind diese verbesserten Rahmenbedingungen für Finanzinvestoren als Mitauslöser der Finanzkrise erkannt. Aber wie kommt der Geist zurück in die Flasche?

HartzIV

Auch von Hartz IV und Agenda 2010 will man heute bei der SPD nichts mehr hören. Mit dieser Aushöhlung unseres Sozialsystems sorgte Rot-Grün für den tiefen Fall im Falle von Arbeitslosigkeit. Fordern statt fördern erzeugt billige Arbeitskräfte und verschafft der Wirtschaft mit niedrigen Lohnstückkosten Wettbewerbsvorteile gegenüber unseren europäischen Partnern. Diese stecken dafür umso tiefer in der Krise.

Steuerreformen

Fehlen noch die Steuergeschenke an die Reichen, die von SPD und Grünen während ihrer Regierungszeit zu Haushaltslöchern und Staatsverschuldung, andererseits aber zu verstärkter Profitbildung führte. Wenn wir heute über die soziale Schere und die Umleitung des gesellschaftlichen Reichtums in die Taschen Weniger klagen, so waren es diese Rahmenbedingungen, die all dies ermöglichten.

Kanzlerkandidat Steinbrück

Darum sind auch die peinlichen Auftritte des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten nicht das eigentliche Problem. Er weist mit seiner Haltung und seinem Selbstverständnis doch nur deutlich darauf hin, dass sich seine SPD schon lange und gründlich von ihren ehemaligen Wählern, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verabschiedet hat. Eine Wahlalternative zu Frau Merkel sieht wahrhaftig anders aus!